

Mainz

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
 EHRENVORSITZENDER DER
 KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

24. Januar 2012

www.kas.de

„Wehrhafte Demokratie – Wertvolle Demokratie!“

VERANSTALTUNG DES VEREINS „RHEINHESSEN GEGEN RECHTS E.V.“
 „WEHRHAFTHE DEMOKRATIE – WERTVOLLE DEMOKRATIE!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung! Danke für die Initiative „Rhein Hessen gegen Rechts“ und der Johannes-Gutenberg-Universität, der Landeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie und der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Unterstützung.

Ich möchte „Rhein Hessen gegen Rechts“ gratulieren, dass Sie 2008 die Initiative ergriffen haben, „vor allem die Förderung von Projekten zum Abbau und zur Vertiefung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus“ zu betreiben.

Wie notwendig diese und ähnliche Initiativen sind, ist uns in den letzten Monaten deutlicher als je zuvor vor Augen gestellt worden. Ich bin noch immer schockiert: Die Mordserie der rechtsradikalen Terroristen macht mich fassungslos; dass sie geschehen ist und dass sie geschehen konnte. Dass niemand in den Ländern und im Bund auf die Idee kam, eine Fährte in das Lager des Rechtsradikalismus zu verfolgen, ist mir unverständlich.

Natürlich muss man ein NPD-Verbot anstreben. Aber zunächst ist umfassende Aufklärung notwendig. Wir müssen wissen, was tatsächlich passiert ist, um beurteilen zu können, ob ein neuerlicher Gang nach Karlsruhe erfolgreich sein kann. Und ein Verbot allein reicht nicht. Nationalsozialistische Ideologien und Strukturen lassen sich nicht durch das Bundesverfassungsgericht beseitigen. Entscheidend scheint mir, dass

wir alle, gleich welcher demokratischen Partei wir angehören oder nahestehen, nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, dass wir alle gemeinsam dieser Herausforderung die Stirne bieten. Mag uns manches unterscheiden, einiges auch trennen: An unserem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lassen wir uns gegenseitig nicht überbieten.

Vielleicht täten wir alle gut daran, dies immer wieder deutlich zu machen – auch im Umgang miteinander. Wir mögen heftig streiten und uns heftig bekämpfen, für unterschiedliche Programme eintreten: Es eint uns mehr als uns trennt. Es eint uns unsere Überzeugung, dass unsere Demokratie wertvoll ist und dass wir uns gegen jeden, der sie in Frage stellen will, wehren. In Gedanken, Worten und Werken.

Warum ist unsere Staatsform, warum ist unsere Demokratie wertvoll?

Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist eine Erfolgsgeschichte, ein Glücksfall unserer Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir haben – um Fritz Stern zu zitieren – unsere zweite Chance genützt. Wir leben in einer gefestigten, freiheitlichen und demokratischen Ordnung mit einer Verfassung, um die uns viele in der Welt beneiden. Auf dem Fundament dieser Verfassung haben wir nicht nur den Trümmerhaufen – den materiellen und ideellen Trümmerhaufen – mit dem sich meine Generation 1945 konfrontiert sah – international geächtet, isoliert, von den Siegermächten besetzt – wieder aufgebaut; Hunger,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Mainz

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

24. Januar 2012

www.kas.de

Leid und Elend behinderten unseren Alltag, Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen strömten ins Land. Wir haben in die Gesellschaft der freien Völker zurückgefunden, haben wesentlich zur Einigung Europas in Frieden und Freiheit beigetragen und sogar – wenn auch erst nach vierzig Jahren – die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erreicht.

Aber nicht nur deswegen ist unsere Demokratie wertvoll.

Nach meiner Überzeugung ist unser Grundgesetz unsere Antwort auf den Nationalsozialismus. Kernsatz dieses Grundgesetzes, der 1. Satz des 1. Artikels, ist die zentrale Antwort auf den Nationalsozialismus – und auch auf den kommunistischen Sozialismus: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und das gilt für mich auch für die Anrufung Gottes in der Präambel des Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als wehrhafte Demokratie, in der die Freiheit nur gesichert werden kann, wenn die Macht der Mehrheit begrenzt ist. Die grundlegenden Verfassungsprinzipien sind durch die „Ewigkeitsklausel“ des Artikels 79, Absatz 3, jeder Änderung entzogen.

Demokratien – auch unsere deutsche Demokratie – sind komplizierte Gebilde. Fragil und zerbrechlich. Fragiler und zerbrechlicher als alle anderen Staatsformen. Alle anderen Staatsformen mögen leichter zu handhaben sein, nur sie respektieren alle nicht die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen.

Theodor Heuss hat gesagt: „Man muss als gegeben hinnehmen – Demokratie ist nie bequem.“ Ich erinnere auch an die vielleicht recht derben, aber gewiss weisen Worte von Winston Churchill: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“

Demokratie verhindert Gewalt und sichert Freiheit, aber sie erfordert Anstrengung und Einsichtsfähigkeit – von ihren Bürgern und

von ihren Repräsentanten: Demokratie ist an Werte gebunden – um an das bekannte Wort Ernst-Wolfgang Böckenfördes zu erinnern –, die sie selbst nicht schaffen kann. Werte, die Bürger selbst mitbringen müssen: Vertrauen, Freiheitsliebe, Gerechtigkeitssinn, Solidarität, Verantwortung.

Demokratie braucht Demokraten, die mitmachen, aktiv sind, verantwortlich handeln.

Vergessen wir nie: Weil es an Demokraten fehlte, ist die Weimarer Republik zu Grunde gegangen. Heute mehr als sechzig Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes ist eine Generation herangewachsen, die nicht mehr aus eigener Erfahrung weiß, warum manche Festlegungen im Grundgesetz so und nicht anders getroffen worden sind. Die dominierende Rolle des Parlaments, die starke Stellung des Bundeskanzlers, das konstruktive Misstrauensvotum, die Wahl des Präsidenten durch eine Bundesversammlung, das Bundesverfassungsgericht, die Definition der Aufgaben der Parteien, das Bekenntnis zur föderalen Ordnung, die Vorbehalte gegen plebiszitäre Elemente auf Bundesebene. Diese Festlegungen müssen der heutigen Generation nicht nur aus unserer jüngsten Geschichte, sondern auch aus der Sache selbst heraus neu erklärt werden. Ob das gelingt, entscheidet darüber, ob das Grundgesetz eine lebende Verfassung bleibt oder – um Ferdinand Lassalle zu zitieren – nur noch ein Blatt Papier ist.

Niemand wird als Demokrat geboren. Wie Kinder lesen, schreiben und rechnen lernen müssen, so müssen junge Menschen auch lernen, Demokraten zu werden. Die Schulen und die Politische Bildung, vor allem aber auch das Elternhaus, müssen sie befähigen, als mündige Bürger für unsere freiheitliche Demokratie einzustehen und eine aktive Rolle in Gesellschaft und Politik zu übernehmen.

An der Stabilität unserer Demokratie besteht für mich kein Zweifel. Aber dennoch kann niemand leugnen, dass Haarrisse deutlich sichtbar werden und wir gut daran tun, nicht weg zu schauen, sondern initiativ zu werden, um diese Haarrisse zu beseitigen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Mainz

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
EHRENVORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

Vielleicht fühlen wir uns zu sicher, vielleicht ist Vieles zu sehr Gewohnheit geworden, vielleicht ist Demokratie bei uns zu dürr geworden. Vielleicht hat mancher von uns tatsächlich geglaubt, mit dem Zerfall des Kommunismus sei das Ende der Geschichte gekommen.

24. Januar 2012

www.kas.de

Lassen Sie mich einige dieser Haarrisse benennen: die vor allem bei Kommunal- und Landtagswahlen bedenklich sinkende Wahlbeteiligung; die Erwartung, dass die Regierung in der Lage ist, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden, nimmt ab; das Primat der Politik wird in Frage gestellt; die Politik- und Politikerverdrossenheit nimmt zu; man nimmt die Dienste der Parteien und anderer Mitgliedsorganisationen in Anspruch, ist aber immer weniger bereit, Mitglied in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer Organisation zu werden; die Führungssicherheit der Politiker nimmt ab; die Art und Weise, wie Politiker in der öffentlichen Debatte miteinander umgehen, ist nicht beispielhaft, sondern eher beispiellos; die mangelnde Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen ist zu beklagen; politische Entscheidungsstrukturen werden in Frage gestellt; in der Publizistik nimmt die Vermischung von Nachricht und Kommentar zu; die Neigung zur Oberflächlichkeit bei Talk und Show nimmt zu und erst Recht die Tendenz zur demoskopisch gesteuerten Stimmungsdemokratie.

Darüber müssen wir sprechen. Dazu werden wir sehr unterschiedliche Ansichten und Meinungen vertreten. Wenn gewollt, werde ich in der anschließenden Diskussion gerne Position beziehen und sicher Widerspruch ernten. Das kann nicht schaden; im Gegenteil. Nur über eines sollten wir eines Sinnes sein: Toleranz ist geboten, aber nur gegenüber Toleranten. Keine Toleranz gegenüber Intoleranz. Theodor Heuss hat es 1946 auf dem Heidelberger Schloss auf den Punkt gebracht: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit.“

Ich danke Ihnen!